

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 30.

Ausgegeben Oppeln, den 29. Juli 1898.

1898

Bekanntmachungen für die nächste Nummer sind spätestens bis Mittwoch Nachmittag 5 Uhr der Redaction zuzufende

Reichs-Gesetzblatt.

822. Die Nummer 30 des „Reichs-Gesetzblatts“ enthält unter Nr. 2497 die Bekanntmachung, betreffend die Feststellung des Börsenpreises von Werthpapieren, vom 28sten Juni 1898.

Bekanntmachungen der höchsten Staats-Behörden.

851. Bekanntmachung. In Gemäßheit der Vorschrift im § 44 des Kommunalabgabengesetzes vom 14ten Juli 1893 (Gesetz-Sammlung Seite 152) mache ich hierdurch öffentlich bekannt, daß der bei der Veranlagung der Gemeinde-Einkommensteuer von fiskalischen Domänen- und Forstgrundstücken für das laufende Steuerjahr der Gemeinden zu Grunde zu legende, aus diesen Grundstücken erzielte etatsmäßige Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben unter Berücksichtigung der auf denselben ruhenden Verbindlichkeiten und Verwaltungskosten nach den Etats für 1sten April 1898/99 in der Provinz Schlesien 160,8 Prozent des Grundsteuer-Reinertrags beträgt.

Berlin, den 9. Juli 1898.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Zu Auftrage.

Dr. Thiel.

836. Bekanntmachung.

Post-Uebereinkommen mit Rußland.

Vom 1sten August ab können Postpakete ohne und mit Werthangabe bis zum Gewicht von 5 kg nach dem europäischen Rußland versandt werden. Die Werthangabe wird bis zum Betrage von 40000 Mark zugelassen, Nachnahmepakete sind ausgeschlossen. Die Postpakete müssen frankirt werden; die Tage für Postpakete ohne Werthangabe beträgt 1 Mt. 40 Pf. Ferner tritt in Folge anderweiter Verwerthung des russischen Rubels eine entsprechende Herabsetzung der Gebühren für andere Pakete (Postfrachtstücke) nach dem europäischen und dem asiatischen Rußland, sowie der Bezugspreise für die in Rußland erscheinenden Zeitungen ein.

Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Berlin, W. 19. Juli 1898.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

In Vertretung.

Fritsch.

Bekanntmachungen des Herrn Ober-Präsidenten.

864. Bekanntmachung. Auf Grund des § 2 des Reichsgesetzes vom 6ten Februar 1875 bestimme ich hiermit, daß vom

1sten Januar 1899

ab der Gemeinde- und der Gutsbezirk Rutschau von dem Standesamtsbezirk Lubschau, Kreis Lublitz, abgetrennt werden und einen eigenen Standesamtsbezirk mit der Bezeichnung

„Standesamtsbezirk Rutschau“

bilden.

Breslau, den 13. Juli 1898.

Der Ober-Präsident.

Fürst von Hatzfeldt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

852. Auf Grund der Bestimmungen des § 8 des Reichsgesetzes betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (in der Fassung des Gesetzes vom 10ten April 1892) in Verbindung mit Absatz II Nr. 6 der Anweisung vom 10ten Juli 1892 wird in Abänderung der Verfügung vom 22sten September 1892 — Amtsblatt Seite 303 — der ortsübliche Tagelohn für erwachsene männliche Tagearbeiter über 16 Jahre im Stadtbezirk Königshütte auf 1 Mt. 80 Pf. festgesetzt.

Die Erhöhung tritt 6 Monate nach der Veröffentlichung in Kraft.

Im Uebrigen bleibt die obengenannte Verfügung im vollen Umfange bestehen.

Oppeln, den 21. Juli 1898.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung. Grimm.

865. In Gemäßheit des § 2 der in der Extra-Beilage zum Amtsblatt der hiesigen Regierung für das Jahr 1885 Stück 14 auf Seite 93/94 unter

Nr. 287 publizierten Prüfungsordnung für Hufschmiede mache ich hierdurch bekannt, daß

Dienstag, den 20ten September 1898 in der Stadt Gleiwitz,

Mittwoch, den 14ten September 1898 in der Stadt Oppeln,

Dienstag, den 13ten September 1898 in der Stadt Neustadt OS.

Prüfungen über die Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlags-Gewerbes stattfinden werden.

Meldungen zu diesen Prüfungen sind an die Herren Vorsitzenden der betreffenden Prüfungskommissionen und zwar für Gleiwitz an den königlichen Kreissthierarzt Stephan in Gleiwitz, für Oppeln an den commissarischen königlichen Kreissthierarzt Graul in Oppeln und für Neustadt an den königlichen Kreissthierarzt Kattner in Neustadt OS. spätestens 8 Tage vor dem betreffenden Prüfungstermine zu richten.

Mit den bezüglichlichen Anträgen sind:

- 1) ein Geburtschein,
- 2) etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung,
- 3) eine Erklärung darüber, ob und bejahendensfalls wann und wo der Antragsteller sich schon einer Hufbeschlagsprüfung unterzogen und worin nach dieser Prüfung seine Beschäftigung bestanden hat und
- 4) die Prüfungsgebühren in Höhe von 10 Mark sowie 5 Pfennige Abtragsgebühr einzusenden.

Die Prüfungsgegenstände und die sonstigen bezüglichlichen Vorschriften sind in der obenbezeichneten Extrabeilage mit veröffentlicht, worauf ich die Prüflinge gleichzeitig aufmerksam mache.

Im Anschluß hiervon bringe ich noch zur Kenntniß der Theilnehmenden, daß von der Schmiede-Zunft in Reisse ein Hufbeschlagsprüfungstermin auf

Dienstag, den 27ten September 1898, von der Schmiede-Zunft in Ratibor ein solcher auf **Sonnabend, den 17ten September 1898** und von der Schmiede-Zunft in Leobschütz ein solcher auf

Montag, den 12ten September 1898 angesetzt worden ist und Meldungen zu dieser Prüfung an die Vorstände der betreffenden Schmiede-Zünfte zu richten sind. Oppeln, den 15. Juli 1898.

Der Regierungs-Präsident.

J. W. Grosse.

876. Die Neustadt—Gogolin'er Eisenbahngesellschaft bedarf zur Herstellung der Nebeneisenbahn von Neustadt OS. nach Gogolin aus den im Eigenthume des Grafen Franz Hubert von Tiele—Winkler auf Moschen befindlichen Besitzungen:

- 1) Mittergut Blatt 25 Krobusch, 2 h 57 ar 59 qm,
- 2) Gut Blatt 8 Moschen, 2 h 11 ar 89 qm,
- 3) Mittergut Blatt 2 Rujau, 1 h 69 ar 15 qm,
- 4) Grundbuch Blatt 98 Gemeindebezirk Rujau, 9 ar 82 qm,

und hat den Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens und definitive Feststellung des Planes gestellt.

Diesem Antrage entsprechend wird der vorläufig festgestellte Plan, bestehend aus:

- a) einer Abzeichnung des ministeriell genehmigten Planes,
- b) den Auszügen aus den vorläufigen Fortschreibungsverhandlungen nebst Handzeichnungen,
- c) den Nachweisungen der herzustellen den Nebenanlagen,

während eines Zeitraumes von 14 Tagen in Gemäßheit der § 18 und 19 des Enteignungsgesetzes vom 11ten Juni 1874 in den Amtsfokalen der Gutsvorsteher von Krobusch, Moschen und Rujau, sowie des Gemeindevorstehers von Rujau zu Jedermanns Einsicht offen ausliegen.

Dies bringe ich hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß Einwendungen gegen den Plan binnen der oben erwähnten vierzehntägigen Frist bei dem königlichen Landrath in Neustadt OS. schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden können.

Oppeln, den 27. Juni 1898.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung. Grosse.

872. In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 20ten Juli dieses Jahres Amtsblatt Stück 29 Nr. 834 bestimme ich hierdurch, daß der mit Genehmigung des Provinzialraths fortan alljährlich stattfindende Fohlenmarkt in diesem Jahre

in Pless nicht am 22ten August, sondern am Montag den 1ten August und in Prenzlau nicht am 16ten August, sondern am Dienstag den 2ten August dieses Jahres abgehalten wird.

Oppeln, den 27. Juli 1898.

Der Regierungs-Präsident.

J. W. Grosse.

881. Von der Universität zu Greifswald ist das Vorlesungsverzeichniß für das Winterhalbjahr 1898/99 im Druck erschienen. Dasselbe wird auf Wunsch den einzelnen Interessenten von der königlichen Universitäts-Kanzlei daselbst kostenlos zugesandt.

Oppeln, den 18. Juli 1898.

866. Der Pastor Hoffmann zu Tost ist zum Ortsschulinspektor der dortigen evangelischen Schule ernannt worden.

Oppeln, den 21. Juli 1898.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

779. Armenpflegestatut für den Gutsbezirk Soßniza.

Auf Grund des § 8. des Gesetzes vom 8ten März 1871 (Gesetz-Sammlung Seite 237) wird hinsichtlich der Ausbringung der Kosten der öffentlichen Armenpflege im Gutsbezirk Soßniza sowie der Be-

theiligung bei der Verwaltung der Armenpflege des Gesamtarmenverbandes Soßnitz von den Betheiligten folgendes Statut vereinbart:

§ 1. Die Kosten der öffentlichen Armenpflege werden vom Gutsbesitzer, den Grundbesitzern und den Einwohnern durch gleiche Beiträge zur Einkommensteuer, Grund-, Gebäude-, Betriebs- und Gewerbesteuer ausschließlich der Steuer von Gewerbebetriebe im Umherziehen, beziehungsweise zu der fingirten Einkommensteuer der Forenseu, juristischen Personen pp. aufgebracht.

§ 2. Nach der Einkommensteuer haben insbesondere beizutragen,

- a) diejenigen Personen, welche im Gutsbezirk einen Wohnsitz haben oder einen die Dauer von 3 Monaten übersteigenden Aufenthalt nehmen, hinsichtlich ihres gesammten Einkommens, insoweit dasselbe nicht von der Gemeindebesteuerung gesetzlich freigelassen ist,
- b) diejenigen Personen, welche im Gutsbezirk ohne in demselben einen Wohnsitz zu haben, Grundvermögen, Handels- oder gewerbliche Anlagen, einschließlich der Vergwerke, haben, Handel- oder Gewerbe oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben oder als Gesellschafter an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung theilhaft sind, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen zufließenden Einkommens;
- c) Actiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Actien, Berggewerkschaften, eingetragene Pensionskassen, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht und juristische Personen unter den im § 33 Ziffer 3 des Kommunalabgabengesetzes bezeichneten Modalitäten;
- d) der Staatsfiskus bezüglich seines Einkommens aus den von ihm betriebenen Eisenbahn-, Bergbau und sonstigen gewerblichen Unternehmungen gemäß § 33 Absatz 3 a. a. O.

§ 3. Derjenige Theil des Gesamt-Einkommens der im Gutsbezirk wohnhaften Abgabepflichtigen, welcher aus außerhalb des Gutsbezirks belegenen Grundeigenthum oder aus außerhalb des Gutsbezirks stattfindenden Pacht-, Gewerbe-, Eisenbahn- oder Bergbaubetrieben fließt, ist gemäß §§ 49 und 50 des Gesetzes vom 14ten Juli 1893 von der Abgabe frei zu lassen; jedoch ist zu der letzteren gemäß derselben Gesetzesbestimmung mindestens ein Viertel des Gesamt-Einkommens heranzuziehen.

§ 4. Die Abgabepflichtigen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 900 Mark sind heranzuziehen:

- a) bei einem Jahreseinkommen von mehr als 660 bis einschließlich 900 Mark nach einer fingirten Steuer von 4 Mark,
- b) bei einem Jahreseinkommen von mehr als 420 Mark bis einschließlich 660 Mark nach einer fingirten Steuer von 2,40 Mark,
- c) bei einem Jahreseinkommen bis einschließlich 420

Mark nach $\frac{1}{5}\%$ des ermittelten steuerpflichtigen Einkommens bis zum Höchstbetrage von 1,20 Mark, sofern sie nicht im Wege der öffentlichen Armenpflege eine fortlaufende Unterstützung erhalten.

§ 5. Ist das abgabepflichtige Einkommen ganz oder zur Theil zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt, so ist der der Einschätzung zu Grunde zu legende Steuersatz gemäß § 36 Absatz 2 des Gesetzes vom 14ten Juli 1893 zu ermitteln.

§ 6. Die Veranlagung zu den auf den Gutsbezirk entfallenden Armenlasten erfolgt durch den Gutsvorsteher, welcher auf Beschwerden und Einsprüche über die Verpflichtung zur Theilnahme an diesen Lasten zu beschließen hat; gegen den Beschluß findet innerhalb 2 Wochen die Klage bei dem Kreis-Ausschusse statt.

§ 7. Die Vertretung im Gesamt-Armen-Verbande erfolgt durch 2 Abgeordnete, von denen der eine vom Besitzer des Gutes ernannt, der andere von den übrigen Grundeigenthümern, den Einwohnern und Forenseu pp. gewählt wird. Die Wahl des letzteren Mitgliedes erfolgt auf 5 Jahre unter dem Vorsitz des Gutsvorstehers mit der Maßgabe, daß dieselbe, falls kein Einspruch erhoben wird, durch Acclamation stattfinden kann.

Der ernannte Vertreter des Gutsbesizers ist wählbar.

Die Vertreter müssen volljährig, männlichen Geschlechts und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein.

§ 8. Dieses Statut tritt mit dem 1sten April 1898 in Kraft; bei Aenderung des Gesamtarmen-Verbands-Statuts werden auch solche dieses Statuts vorbehalten.

§ 9. Die Aufsicht über die Handhabung dieses Statuts führt der Landrath als Vorsitzender des Kreis-Ausschusses. Rendel, den 20. Dezember 1897.

Für den Gutsbesitzer
der Generalbevollmächtigte des Grafen Guido Händel
Donnersmarck, Bitta.

Vorstehendes Statut wird mangels einer Einigung unter den Betheiligten gemäß § 8 des Gesetzes vom 8ten März 1871 mit der Einschränkung festgestellt, daß die Personen mit einem Einkommen von 420 Mark und weniger zu den Armenpflegekosten nicht herangezogen werden.

Zabrze, den 14. Januar 1898.

Der Kreis-Ausschuß.

Dr. Scheffé.

Vorstehendes Unterstatut wird hierdurch mit der Maßgabe bestätigt, daß der § 1 statt der jetzigen folgende Fassung erhält:

§ 1. Die nach dem Statut für den Gesamtarmenverband Soßnitz auf den Gutsbezirk Soßnitz entfallenden Armenkosten werden vom Tage der Veröffentlichung dieses Statuts ab von dem Gutsbesitzer, den Grundbesitzern und den Einwohnern gemeinschaftlich durch Zuschläge zur Einkommensteuer einschließlich der fingirten Einkommensteuer, zur Grund-, Gebäude-, Betriebs- und Gewerbesteuer ausschließlich

der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen, aufgebracht.

Die Vertheilung der Armenkosten auf diese Steuerzahler erfolgt nach Maßgabe der Bestimmung im § 59 des Kommunalabgabengesetzes vom 14ten Juli 1893, erster Absatz, zweiter Satz, und zwar dergestalt, daß die Realsteuern mit einem um die Hälfte höheren Prozentsatz als die Einkommensteuer herangezogen werden."

Oppeln, den 13. Juni 1898.

(L. S.) Der Bezirksausschuß.

Glogau.

Bestätigung.

B. A. III 2877.

770. § 1. Die Gemeinden Bobrownik und Rudy-Pielar und die Gutsbezirke Bobrownik—Carlshof—Segeth und Rudy-Pielar werden infolge freier Vereinbarung der Betheiligten zu einem Schulverbande in Gemäßheit der §§. 123 ff. der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 verbunden.

§ 2. Dem Verbande liegt die gemeinsame Wahrnehmung der auf das öffentliche katholische Volksschulwesen in den Gemeinden Bobrownik und Rudy-Pielar und den Gutsbezirken Bobrownik—Carlshof—Segeth und Rudy-Pielar bezüglichen Angelegenheiten ob, einschließlich des Baues und der Unterhaltung des im gemeinschaftlichen Eigenthum stehenden Schulhauses in Rudy-Pielar und dessen Zubehörungen, sowie des neu zu errichtenden Schulhauses in Bobrownik nebst Zubehör dergestalt, daß derselbe die Schulanstalten mit deren Zubehör zu übernehmen beziehungsweise zu unterhalten hat. Desgleichen übernimmt der Verband die reglementmäßigen Leistungen an die Alterszulagelasse, an die Lehrer-Ruhegehaltelasse und an die Lehrer-, Wittwen- und Waisenlasse.

§ 3. Der Verband führt den Namen „Schulverband Bobrownik—Rudy-Pielar“ und wird die Verwaltung desselben in Rudy-Pielar geführt.

§ 4. Die Vertretung des Verbandes erfolgt durch den Verbandsausschuß und den Verbands-Vorsteher. Der letztere ist die ausführende Behörde.

§ 5. Der Ausschuß besteht aus:

- a) 4 Abgeordneten der Gemeinde Bobrownik,
- b) 3 „ „ „ Rudy-Pielar,
- c) 2 Abgeordneten des Gutsbezirks Bobrownik einschließlich Carlshof und Segeth.
- d) 1 Abgeordneten des Gutsbezirks Rudy-Pielar.

§ 6. Abgeordnete der Gemeinden sind die jeweiligen Gemeinde-Vorsteher und fünf von den Gemeinde-Vertretungen von Bobrownik und Rudy-Pielar für die ganze Dauer der Gültigkeit dieses Statuts zu wählende Gemeinde-Beordnete. Abgeordnete der Gutsbezirke sind die jeweiligen Gutsvorsteher oder deren Stellvertreter und 1 von dem Besitzer der Güter Bobrownik und Carlshof—Segeth für die gleiche Zeitdauer zu erneuernder Abgeordneter. Dem Gutssbesitzer von Bobrownik—Carlshof—Segeth steht es jedoch frei, an Stelle der im 5. Paragraphen erwähnten 2 Ab-

geordneten nur einen einzigen zu bestellen, welcher dann berechtigt ist, zwei Stimmen zu führen.

§ 7. Der Verbands-Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Verbands-Vorsteher und einen Stellvertreter desselben auf die Zeitdauer der Gültigkeit dieses Statuts nach den, für die Wahl eines Gemeinde-Vorstehers geltenden Vorschriften (§ 76 ff. L. G. O.) mit der Maßgabe, hinsichtlich des § 77 a. a. O., daß der Verbandsausschuß aus seiner Mitte einen Wahlvorsteher wählt und von der Wahl von 2 Beisitzern Abstand nehmen kann.

Der Landrath bestimmt dasjenige Mitglied des Verbandsausschusses, welchem die zu bewirkende Einberufung des Ausschusses zur erstmaligen Wahl des Verbandsvorstehers obliegen soll. Im Uebrigen greifen hinsichtlich der Wahl des Verbands-Vorstehers und der eventuellen Bestätigung desselben die §§ 133 ad 1 und 134 L. G. O. Platz.

§ 8. Die Mitglieder des Verbandsausschusses bekleiden diese Stelle als ein Ehrenamt; sie sind berechtigt, die Erstattung baarer Auslagen zu fordern.

§ 9. Der Verbandsausschuß versammelt sich so oft er vom Vorsteher schriftlich, der Regel nach mit mindestens 3tägiger Frist berufen wird. Die Berufung muß erfolgen, wenn mindestens 2 Mitglieder es verlangen. Der Verbandsausschuß beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens 5 Mitglieder anwesend sind. Der Beschlußfassung unterliegen die zur Tagesordnung gestellten Gegenstände, welche den Mitgliedern bei der Zusammenberufung schriftlich mitzutheilen sind. Kommt ein Beschluß wegen mangelnder Beschlußfähigkeit des Verbandsausschusses nicht zu Stande, so ist der zur Beschlußfassung über denselben Gegenstand zum zweiten Male zusammenberufene Verbandsausschuß ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Ueber jede Sitzung des Ausschusses ist ein Protokoll aufzunehmen und vom Vorsitzenden zu vollziehen.

§ 10. Der Vorsitzende bringt die Beschlüsse des Verbandsausschusses zur Ausführung, vertritt den Schulverband nach Außen und führt unter dem Titel „der Vorsitzende des Schulverbandes Bobrownik—Rudy-Pielar“ und unter seiner Unterschrift die laufende Korrespondenz. Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Verband gegen Dritte verbinden sollen, desgleichen Vollmachten, müssen von dem Vorsteher und einem von dem Verbandsausschuße aus seiner Mitte bestimmten zweiten Mitgliede, welches nicht dem Kommunalbezirke des Vorstehers angehören darf, unterschrieben und mit dem Siegel des Verbandes versehen sein.

§ 11. Insoweit die eigenen Einnahmen des Verbandes zur Erfüllung seiner Aufgaben (§. 2) nicht ausreichen, erfolgt die Vertheilung der Kosten unter Ausschluß gegenseitiger Präzipualbesteuerung in der Weise, daß die Gemeinden zusammen $\frac{7}{10}$ und die Gutsbezirke $\frac{3}{10}$ der Kosten aufzubringen haben. Die von den Gutsbezirken aufzubringenden drei Zehntel entfallen zu $\frac{2}{5}$ auf den Gutsbezirk Rudy-Pielar und zu

$\frac{2}{5}$ auf den Gutsbezirk Bobrownit—Carlschhof—Segeth. Der Antheil der Gemeinden wird von denselben in gleicher Weise wie die übrigen Gemeindelasten aufgebracht.

§ 12. Die Gutsbezirke und die Gemeinden haben ihre Antheile an die Kasse des Verbandes abzuführen. Darüber, wem die Führung der Verbandskasse zu übertragen ist, beschließt der Verbandsausschuß.

§ 13. Das Bedürfnis wird durch den alljährlich aufzustellenden und durch Beschluß des Verbandsausschusses festzusetzenden Voranschlag bestimmt. Nach Ablauf des Rechnungsjahres ist über die innerhalb des legeren stattgehabten Einnahmen und Ausgaben des Verbandes vom Kassensführer Rechnung zu legen und von dem Verbandsvorsteher vorzuprüfen. Dieselbe unterliegt hinsichtlich der Entlastung der Beschlußfassung des Verbandsausschusses.

§ 14. Das im § 11 geregelte Beitragsverhältnis tritt mit dem 1sten April 1897 für alle bezüglich Lasten in Kraft, während für die vorhergehende Zeit die Gemeinden und Gutsbezirke auf Erstattung der aus dem Schulverhältnisse gegenseitig noch geforderten beziehungsweise zurückgeforderten Beiträge in dem Sinne verzichten, daß es bei dem gegenwärtigen Stande der geleisteten Zahlungen sein Verwenden behält. Demgemäß werden alle dieserhalb schwebenden Streitfragen beglichen und durch Zurücknahme der Klage pp. erledigt.

§ 15. Auf Beschwerden und Einsprüche betreffend das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Verbandes, oder die Heranziehung der Betheiligten zu Beiträgen für Schulzwecke, beschließt der Verbands-Vorsteher. Gegen diesen Beschluß steht dem Beschwerdeführer das Verwaltungsstreitverfahren in Gemäßheit der §§ 9 und 38 L. G. O. zu.

§ 16. Die Vornahme der Lehrer erfolgt nach wie vor durch die Guts herrschaft von Rudy-Biefar.

§ 17. Vorstehendes Statut soll bis zu einer gesetzlichen Neueregulirung der Schulunterhaltungspflicht, längstens aber bis zum 31sten März 1901 Geltung haben.

Mendeck, den 30. Oktober 1897.

Für die Guts herrschaft Rudy-Biefar:

Die General-Direktion

des Grafen Guido Hensel Donnermark.
Witta.

Rudy-Biefar, den 20. November 1897.

Für die Gemeinde Rudy-Biefar:

Der Gemeinde-Vorstand.

Bramorsky. Paída. Selin.

Carlschhof, den 10. November 1897.

Für die Guts herrschaft Bobrownit:

Der General-Bevollmächtigte der Grafen
Hugo, Razy, Arthur Hensel von Donnermark.
Schulz.

Bobrownit, den 18. November 1897.

Für die Gemeinde Bobrownit:

Der Gemeinde-Vorstand.

Sollit. Gajowski. Bdebel.

Vorstehendes Statut wird, nachdem die Betheiligten sich mit demselben einverstanden erklärt haben, auf Grund des § 31 Absatz 2 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 mit folgender Maßgabe genehmigt:

a) hinter dem 3. Satz des § 9 ist einzufügen:

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens sechs Mitglieder anwesend sind;

b) die Belträge der Landgemeinden werden unter diese nach dem bei den landrätlichen Älten A. III. 5700 befindlichen Gemeindeabkommen vom 10ten September 1896 vertheilt.

Tarnowitz, den 15. Juni 1898.

Der Kreis Ausschuß. von Falkenhayn.

B. II. 4224.

833.

Bekanntmachung

betreffend Enteignung von Grundstücken in der Feldmark Babitz, Kreis Ratibor.

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die in der Feldmark Babitz, Kreis Ratibor, zum Bau eines Wagenablaufgleises auf Bahnhof Mendza auf Grund des Beschlusses des Bezirksausschusses zu Oppeln vom 15ten Februar 1898 zu enteignenden Flächen aus den Grundstücken:

1) Grundbuchblatt Nr. 672 Babitz, im Eigenthume des minorennen Arbeiters Ludwig Maier, vertreten durch seinen Vater und Vormund, den Grundbesitzer Josef Maier, beide zu Mendza, die Parzelle Artikel 434, Kartenblatt 9, Flächenabschnitt zu 731/110 pp. Schienenweg in Größe von 58 qm,

2) Grundbuchblatt Nr. 673 Babitz, im Eigenthume des Kaufmanns Wilhelm Samoje zu Ratibor, die Parzelle Artikel 435, Kartenblatt 9, Flächenabschnitt zu 731/110 pp., Schienenweg in Größe von 47 qm, stand zur Verhandlung mit den Betheiligten am 1ten Juni 1898, Vormittags 11 Uhr, auf dem Bahnhofs in Mendza Termin an, in welchem im Beisein des unterzeichneten Enteignungskommissarius und eines Vertreters der Königlich Eisenbahn-Direktion in Rattowitz die zu enteignenden Flächen durch den Sachverständigen Herrn Gutsbesitzer Dr. Heisig aus Gardel—Gleiwitz abgeschätzt worden sind.

Zu diesem Termine sind die betheiligten Real-Interessenten und der hierzu vorgeladene Eigentümer des Grundstücks Nr. 673 Babitz, Kaufmann Wilhelm Samoje aus Ratibor, nicht erschienen.

Deshalb und weil die Bekanntmachung über die Abhaltung des Termins am 1ten Juni nicht im Regierungsamtsblatt, sondern nur im Kreisblatt Stück 21 pro 1898 veröffentlicht worden ist, findet ein nochmaliger Termin in dieser Angelegenheit Dienstag, den 9ten August 1898, Vormittags 11 Uhr, auf Bahnhof Mendza (Bahnhofswirtschaft) vor dem unterzeichneten Enteignungskommissarius statt, zu welchem gemäß § 25 des Enteignungs-Gesetzes vom 11ten Juni 1874 die betheiligten Real-Interessenten und alle übrigen

Betheiligten zur Wahrnehmung ihrer Rechte beziehungsweise zur Anerkennung der bereits erfolgten Abschätzung der zu enteignenden Flächen mit der Verwarnung vorgeladen werden, daß beim Ausbleiben der Geladenen im Termine ohne deren Zuthun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung der letzteren werde verfügt werden.

In dem Termine ist jeder an den zu enteignenden Grundstücken Berechtigte befugt, zu erscheinen und sein Interesse an der Feststellung der Entschädigung, sowie bezüglich der Auszahlung oder Hinterlegung derselben wahrzunehmen und diesbezügliche Anträge zu stellen. Spätere Anträge dieser Art sind unzulässig.

Ratibor, den 20. Juli 1898.

Der Enteignungs-Kommissarius.

Kanzleirath Nowak, Erster Kreissekretär.

854. Bekanntmachung. Der concessionierte Marktscheider Max Nießen hat seinen Wohnsitz von Halle a/Saale nach Neuode Bezirk Breslau verlegt.

Breslau, den 20. Juli 1898.

Königliches Oberbergamt.

863. Diejenigen Erbberechtigten der St. Annen-Medaille, welche im Jahre 1835 bei dem 3. Bataillon beziehungsweise 3. Escadron (Münsterberg) 11. Landwehr-Regiments die Revue vor Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland mitgemacht haben, werden behufs eventl. Vorschlags zur Verleihung einer vacant gewordenen derartigen Medaille hierdurch aufgefordert, sich **bis spätestens den 1sten September 1898** bei unterzeichnetem Kommando mündlich oder schriftlich unter Vorlegung ihrer Militärpapiere zu melden.

Münsterberg, den 25. Juli 1898.

Königliches Bezirks-Kommando.

703. Bekanntmachung. Der Kreisauschuß des Kreises Reiffe hat unterm 4ten April 1898 auf Grund des § 2 Nummer 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3ten Juli 1891 beschloffen, die bisher zum Gutsbezirk Ludwigsdorf gehörigen Parzellen und zwar:

Lfd. Nr.	Name des Eigenthümers.	Grundbuch Nr.	Flächeninhalt.		
			ha	ar	qm
1	Josef Elsner, Freigärtner, Ludwigsdorf	14	1	02	10
2	August Elsner, Bauer, dto.	15	—	60	00
3	Alara Sallmann, Häuslerwitwe, Ludwigsdorf	21	1	36	70
4	Josef und Pauline Langer'schen Eheleute, Gärtner, Ludwigsdorf	35	2	13	80
5	Michael Franzke, Freigärtner, Ludwigsdorf	42	—	93	28
6	Robert und Anna Köhler'sche Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	43	—	84	50
7	Franz und Anna Langer'schen Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	48	—	70	20
8	Johann Gittel, Ruthenbauer, Ludwigsdorf	49	1	24	50
9	Josef Elsner, Gärtner, Ludwigsdorf	51	—	86	10
10	Johann und Anna Hoheisel'sche Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	65	2	16	30
11	Johann und Anna Langer'schen Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	69	1	07	20
12	August Gründel, Freigärtner, Ludwigsdorf	70	1	37	20
13	Josef Franke, Gärtner, Ludwigsdorf	68	—	63	80
14	Josefa Kornführer geb. Brauner, Wittwe und Geschwister, Ludwigsdorf	75	2	32	30
15	Gottlieb Kleslich, Häusler, Ludwigsdorf	87	1	03	70
16	Franz Sacher und Ehefrau Karoline, geborene Berger, Sattler, Ludwigsdorf	89	—	63	00
17	Michael Kirchner, Häusler, Ludwigsdorf	90	1	36	70
18	Johann und Theresia Hermann'sche Eheleute, Ludwigsdorf	102	2	80	90
19	Franz und Anna Langer'schen Eheleute, Bahnarbeiter, Ludwigsdorf	110	1	69	30
20	Franz und Marie Wicke'sche Eheleute, Gärtner, Ludwigsdorf	114	1	54	20
21	Alois und Agnes Tillmann'sche Eheleute, Stellenbesitzer, Ludwigsdorf	118	—	76	50
22	Marie Köhler, Häuslerwitwe, Ludwigsdorf	130b	3	28	50
23	Josef Nabe, Bauer, Ludwigsdorf	136a	1	39	20
24	Karl und Anna Weber, geborene Glagel, Ludwigsdorf	175	—	89	30
25	Johann und Anna Langer'sche Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	154	2	27	80
26	August Tillmann, Bauer, Ludwigsdorf	155	11	51	40
27	Alois und Louise Langer'sche Eheleute, Ludwigsdorf	156	1	02	10
28	Franz und Maria Sperlich, geborene Stephan'sche Eheleute, Hausbesitzer, Wackenau	157	—	75	47

Lfd. Nr.	Name des Eigentümers.	Grundbuch Nr.	Flächeninhalt.		
			ha	ar	qm
29	Franz Jahn, Häusler, und Braut Maria Elsner, Bauertochter, Ludwigsdorf	158	1	10	60
30	Josef Langer, Bauer, Ludwigsdorf	159	3	57	50
31	Magdalena Willmann, Freigärtnerwitwe, Ludwigsdorf,	160	1	47	80
32	August Gründel, Freigärtner, Ludwigsdorf	161	1	40	90
33	Gottlieb Rieslich, Häusler, Ludwigsdorf	162	1	16	90
34	Alois und Louise Langer'sche Eheleute, Ludwigsdorf	163	2	28	00
35	Franz und Maria Gittel'sche Eheleute, Gärtner, Ludwigsdorf	165	—	68	70
36	Josef Hoheisel, Freigärtner, Ludwigsdorf,	169	—	78	40
37	Eduard und Pauline Müller'sche Eheleute, Ludwigsdorf	170	2	04	20
38	August Langer, Ludwigsdorf	172	—	74	60
39	Josef Heinisch, Einlieger, Ludwigsdorf	173	2	10	20
40	Josef Hoheisel, Gärtner, Ludwigsdorf	176	1	04	00
41	August Zelber, Häusler, Ludwigsdorf	177	—	51	10
42	Josef Nothher, Stellenbesitzer, Ludwigsdorf	24	1	02	10
43	Maria Langer, Freigärtnerwitwe, Ludwigsdorf	179	—	76	60
44	Albert und Maria Franzle'schen Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	181	—	76	60
45	Anna Franke, geborene Christ, verwitwete Gasthausbesitzer, Ludwigsdorf	182	—	59	20
46	Albert und Maria Franzle'schen Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	183	—	78	70
47	Gottlieb Rieslich, Häusler, Ludwigsdorf	184	—	54	00
48	Franz Langer, Gärtner, Ludwigsdorf	204	1	09	70
49	Albert Schmidt, Bauergutsbesitzer, Ludwigsdorf,	205	1	53	20
50	Königlich Preussischer Staat, Landes-Triangulation	ohne	—	—	02
51	Dominial-Aquirenten-Wege	ohne	—	05	10
			—	05	10
			—	17	75
			—	01	18
			—	13	40
			—	61	60
			—	27	80
			—	08	70
			—	08	80
			—	02	80
52	Dominial-Aquirenten-Gräben	ohne	—	03	30
			—	03	60
53	Die Kreis-Chaussée Ziegenhals-Neustadt	ohne	—	91	70
54	Franz und Karoline Echer'sche Eheleute, Sattler, Ludwigsdorf	180	1	02	10
55	Alois und Magdalena Glagel'sche Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	44	—	35	20
56	Albert und Marie Franzle'schen Eheleute, Freigärtner, Ludwigsdorf	45	—	37	00
57	Josef Fitz, Baununternehmer, Ludwigsdorf	136	—	64	60
58	Josef Langer, Ruthenbauer, Ludwigsdorf,	140a	—	65	90
59	Rosalie Schmidt, geborene Genschor, Gärtner, Ludwigsdorf	215	2	55	80
60	Josef und Katharina Schneider, geborene Paschle, Wirthschaftsbesitzer, Wadenau	216	1	00	66
61	Johann und Pauline Kunze, geborene Born, Stellenbesitzer, Ludwigsdorf	217	—	79	62
	Summa		84	20	78

aus dem Gutsbezirke Ludwigsdorf zu exkommunalisiren und in die Landgemeinde Ludwigsdorf einzugemeinden.
Reiffe, den 11. Juni 1898.

Der Kreisaußschuß. von Jerin.

882.

Auflündigung Schlesischer Pfandbriefe.

Unter Hinweisung auf die anliegende Kündigungsbekanntmachung vom heutigen Tage fordern wir die Inhaber der darin bezeichneten Schlesischen Pfandbriefe auf, dieselben unverzüglich einzuliefern.

Schlesische Generallandschafts-Direktion.

887. Unter Bezugnahme auf die in den Regierungs-Amtsblättern für 1893 veröffentlichten Bestimmungen, betreffend die Abhaltung von Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern in Breslau wird bekannt gemacht, daß

vom 15ten Oktober dieses Jahres ab bis zum Schlusse des Winterhalbjahres 1898/99 wiederum hieselbst ein solcher Kursus abgehalten werden wird. Meldungen zu demselben sind auf dem vorgeschriebenen Wege unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse **bis spätestens zum 1sten September dieses Jahres** an das unterzeichnete Königl. Provinzial-Schulkollegium zu richten.

Breslau, den 14. Juli 1898.

Königliches Provinzial-Schulkollegium.

848. **Bekanntmachung.** In Gemäßheit des § 65 des Reglements vom 28ten December 1864 werden die Verwaltungs-Ergebnisse der Schlesischen Provinzial-Land-Feuer-Societät für das Rechnungsjahr 1sten April 1897 nachstehend zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

31ten März 1898

A. Einnahme.

1. Beiträge	2757431,89 Ml.
2. Zinsen	187142,37 "
3. Aus der Rückversicherung	378386,30 "
4. Erstattungen und Ersparungen an der Schaden-Reserve früherer Jahre	5027,90 "
5. Sonstige Einnahme	27,00 "

Zusammen 3328015,46 Ml.

Wmithin Mehrausgabe 84095,89 Mark.

Gesamtvermögen am 31sten März 1898.

Activa.

a. Kassenbestand	206437,88 Ml.
b. Rückständige Beiträge	434006,17 "
c. Sonstigerückständige Einnahmen	633987,97 "
d. 3963100 Ml. Nennwerth Werth- papiere zum Einkaufspreis von 4001845,06 "	
e. Hypothekarische Ausleihungen	1422150,00 "

Zusammen 6698427,08 Ml.

Ueberschuß der Activa 5764495,11 Mark.

Die Versicherungs-Summe betrug:

in Klasse:	am 1sten Januar 1897:	am 1sten Januar 1898:	darunter für Mobilien:	mithin mehr:
I.	1113329930 Ml.	1159655950 Ml.	364744650 Ml.	46326020 Ml.
II.	251402300 "	261832810 "	98280540 "	10430510 "
III.	117601650 "	121237340 "	50473510 "	3635690 "
IV.	120362800 "	121687110 "	33491370 "	1324310 "
Zusammen	1602896680 Ml.	1664413210 Ml.	546990070 Ml.	61716530 Ml.

Der Schaden-Aufwand von 2525904,41 Mark wurde durch 1646 Brände beziehungsweise Schadenfälle hervorgerufen, von welchen 1472 Bestigungen mit 923 Wohn-, 428 Stall-, 617 Scheuer- und 388 Nebengebäuden und in 548 Fällen bewegliche Gegenstände verschiedener Art betroffen wurden. Darunter befanden sich 104 Dominien (143 Gebäude mit und ohne Inhalt) mit 642748 Mark, 42 Gasmirtheischen (65 Gebäude pp.) mit 52428 Mark, 9 Wassermühlen mit 39856 Mark, 1 Dampfmühle mit 38146 Mark,

B. Ausgabe.

1. Schaden-Vergütung	2525904,41 Ml.
2. Nachträglich für Schadenfälle aus früheren Jahren	102,00 "
3. Kosten der Rückversicherung	371164,70 "
4. Spritzen- und andere Prämien sowie für gemeinnützige Zwecke	24071,55 "
5. Verwaltungskosten einschließlich 297547,42 Mark Bureaukosten der Kreis- und Lokalverwaltung, sowie 35689,56 Ml. für Brand- schaden und andere Taxen	483221,71 "
6. Conraverlust bei der Veräußerung von Werthpapieren	4196,18 "
7. Sonstige Ausgaben	3450,80 "

Zusammen 3412111,35 Ml.

Passiva.

a. Rückständige Brandschadenver- gütungen einschließlich für noch schwebende Schadenfälle	174563,54 Ml.
b. Beitragsreserve für das 2. bis 4. Vierteljahr 1898	679468,72 "
c. Sonstige rückständige Ausgaben	79899,71 "

Zusammen 933931,97 Ml.

Extra-Blatt

zum Amts-Blatt der Königlichen Regierung zu Oppeln.
Stück 30.

Ausgegeben Oppeln, den 2. August 1898.

894. II. Nachtrags-Verordnung
zur Verordnung vom 25ten Juni 1898 (Amtsblatt
Stück 26 Seite 206) betreffend Maßregeln
gegen die Geflügelcholera.

Mit Ermächtigung des Herrn Ministers für
Landwirthschaft, Domänen und Forsten wird in Er-
weiterung der Verordnungen vom 28ten August 1886
(Extrablatt zum Amtsblatt Stück 35) und vom 25ten
Juni 1898 (Amtsblatt Stück 26 Seite 206) angeordnet:

Der Fußtransport (das Treiben) von Gänsen
aus Rußland wird auf der Wegestrecke von den
russischen Grenzübergängen bei Gzeladz nach der Bahn-
station Laurahütte und bei Sosnowice über Modrzejow
nach der Bahnstation Myslowitz gestattet.

Oppeln, den 1. August 1898.

Der Regierungs-Präsident.
von Moltke.

